



# NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL  
NOVEMBER 2022 | AUSGABE 4



Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

in den letzten vier Wochen ist wieder viel passiert und es gibt jede Menge aus Düsseldorf und dem Wahlkreis zu berichten.

So haben wir als SPD-Fraktion in dieser Woche wieder einmal viele wichtige Anträge im Plenum gestellt, von denen ich einige hier im Newsletter vorstelle.

Dieses Mal habe ich den Fokus besonders auf das Thema "Sexuelle Gewalt" und die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Kindesmissbrauch" gelegt. *(Ihr findet die Artikel am Ende des Newsletters - versehen mit einer Triggerwarnung. So könnt ihr selbst entscheiden, ob ihr diese Texte lesen wollt oder einfach an dieser Stelle den Newsletter schließen.)*

Wichtig waren aber auch die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen, bei denen leider viele Fragen offen geblieben sind. Gerne hätte ich auch vom Entlastungspaket der Landesregierung berichtet. Doch leider herrscht dort Funkstille und wir warten seit Wochen auf Infos.

Vielleicht in der nächsten Ausgabe?

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und einen schönen 1. Advent!

*Eure Nina*

## INHALT

### AUS DEM LANDTAG

- Zur Haushaltsberatung und Entlastungspaket

**Seite 2**

- Pflegende Angehörige
- Ortsnahe Versorgung? Zur Versorgung der Diabeteserkrankten

**Seite 3**

- Altschulden
- Digitale Gewalt

**Seite 4**

### AUS DEM WAHLKREIS

- Das kleine Wir - Bundesweiter Vorlesetag
- Anregungen aus Borken

**Seite 5**

### TEXTE MIT TRIGGERWARNUNG

- Blick hinter die Kulissen

**Seite 8**

- Opferrechte stärken

**Seite 9**

- Die Große Anfrage zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

**Seite 10**

# HAUSHALTSBERATUNG UND ENTLASTUNGSPAKET



Das parlamentarische „Königsrecht“ ist immer die Debatte und die Abstimmung über den Haushalt der Landesregierung. Erfahrungsgemäß lässt sich als Opposition trotzdem recht wenig ändern – schließlich lehnen die regierungstragenden Fraktionen äußerst selten etwas ihrer eigenen Regierung ab, und stimmen noch seltener Vorschlägen aus der Opposition zu. Trotzdem sind die Debatten sehr wichtig – denn sie zeigen, worauf sich die Regierung im nächsten Jahr besonders konzentrieren möchte, und vor allem welche Bereiche ihr weniger viel Geld wert sind.

In diesem Jahr kommt dazu, dass es nur eine sehr kurze Haushaltsberatung gibt. Am 20. Dezember ist bereits geplant, den Haushalt zu verabschieden und wir haben erst seit Ende Oktober Einsicht dazu.

Zu meinem Erschrecken habe ich festgestellt, dass gerade der Bereich Ländliche Räume viel weniger Geld bekommt als noch im letzten Jahr. Einige große Förderprogramme wurden sehr stark gekürzt. Das liegt zwar auch an Kürzungen bei den EU-Zahlungen, aber tatsächlich nur zu einem recht geringen Teil. Viel eher zeigt es, dass hier wenig Augenmerk drauf gelegt werden soll. Zwar habe ich mich gefreut, dass die wichtige Arbeit der Biologischen Stationen wie auch im Zwillbrocker Venn endlich unterstützt werden soll, aber bei vielen anderen Punkten sind uns die Ministerien noch Antworten schuldig – zum Beispiel was genau mit dem Geld im Bereich Naturschutz gemacht werden soll.

Bloß das Geld bereit zu legen reicht leider nicht. Es muss auch sinnvoll eingesetzt werden, schließlich sind es Steuermittel. Auch im Bereich Kinder, Jugend, Familie liegt einiges im Argen. Viele Träger ächzen nicht nur unter den Energiepreisen – Material- und Personalkosten werden auch in den nächsten Monaten steigen. Ein stetiger Verweis auf die Gaspreisbremse ist da leider viel zu kurz gegriffen. Auch wenn sie hilft – alles andere ist und war schon immer Länderzuständigkeit. Hier muss gehandelt werden. Auch haben uns viele Anschreiben von Jugendverbänden erreicht, die Ferienfreizeiten, auch und gerade für Familien mit schmalem Portemonnaie anbieten. Durch die Inflation und die gestiegenen Energiekosten wissen sie nicht ob und wie sie ihr so wichtiges Angebot aufrecht erhalten können. Unterstützung vom Land? Fehlanzeige.

Überhaupt ist seit der Ankündigung eines 3,5 Milliarden Euro schweren Hilfefonds recht wenig passiert. Wir warten immer noch auf mehr Details. Wie will das Land sozialen Einrichtungen über den Winter helfen? Wie gerade Menschen und Familien mit kleinem Einkommen unterstützen? Wie die steigende Zins- und Schuldenlast der Kommunen abfangen? Was auch immer kommen soll – es wird Zeit, dass die Landesregierung endlich die Katze aus dem Sack lässt, damit wir konstruktiv darüber diskutieren können und Hilfen endlich auf den Weg gebracht werden.



## PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

UM ANTRAG DER SPD FRAKTION - EINE RESPEKTVOLLE PFLEGE IN NRW - PFLEGENDE ANGEHÖRIGE STÄRKEN!

Wir reden immer wieder über den massiven Fachkräftemangel im Bereich der Pflege - und das ist auch richtig und wichtig. Aber häufig übersehen wir die stillen Helden, die 1.5 Millionen Menschen in unserem Land, die zu Hause Angehörige pflegen. Darum fordern wir in unserem Antrag von der Landesregierung, sich über den Bundesrat unter anderem dafür einzusetzen, Pflegezeiten auf die Rente anzurechnen, den Beitragszuschlag für Kinderlose für pflegende Angehörige zu streichen und die Beratungsinfrastruktur zu verbessern. Pflegende Angehörige leisten nicht nur einen immensen Dienst für ihre Familienmitglieder, sondern auch für die Gesellschaft. Wir müssen ihre Leistung endlich mehr wertschätzen!

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-1685.pdf>



## ORTSNAHE VERSORGUNG?

ZUR VERSORGUNG DER DIABETESERKRANKTEN IM KREIS BORKEN

Vor einigen Tagen erreichte mich ein Schreiben des Landesverbandes NRW der deutschen Diabetes-Hilfe. In der ja schon lange bekannten Zusammenlegung der Kliniken bei uns im Kreis wurde nun die Diabetologie geschlossen, bzw. mit der Inneren des Krankenhauses in Ahaus zusammen gelegt. Für die Betroffenen bedeutet das nicht nur einen weiteren Anfahrtsweg - es birgt auch das Risiko einer Unterversorgung der Patienten vor Ort. Im Kreis Borken gibt es fast 40.000 Diabetiker und Diabetikerinnen - und jeder vierte stationäre Patient bzw. Patientin leidet an der Krankheit. Seitens der Klinik wird auf niedergelassene Ärzte verwiesen - aber jeder und jede von uns, die schon mal versucht hat, einen Facharzttermin zu bekommen weiß, dass das nicht die Lösung sein kann. Wie auch die Unterzeichner möchte ich wissen: Wie passt das mit der vom Gesundheitsminister gegebenen Zusage für eine gute, ortsnahe Versorgung mit Spezialisierungen zusammen? Insbesondere da im Rahmen des neuen Krankenhausplans ja noch weitere Veränderungen anstehen. Darum habe ich eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt: Wie will sie, auch auf Landesebene, in Zukunft die Versorgung von Diabetespatienten und - Patientinnen in ländlichen Räumen sicherstellen? Ich bin gespannt auf die Antwort!



## ALTSCHULDEN

ZUM ANTRAG DER SPD FRAKTION -  
ALTSCHULDENLÖSUNG ENDLICH AUF DEN WEG BRINGEN  
- KOMMUNEN AUS SCHULDENFALLE RETTEN

NRWs Kommunen sind mit 20 Milliarden Euro verschuldet – pro Kopf hat jeder und jede von uns einen Kassenkredit in Höhe von 1.127€. Aber wir brauchen finanziell solide Kommunen, damit das tägliche Leben funktioniert: Schwimmbäder, Busse, Müllabfuhr, Sportanlagen, Bürgerbüros – das alles liegt in der Hand der Kommunen und das alles muss bezahlt werden. Die letzte Landesregierung hat das Angebot der Bundesregierung, die Hälfte der Schulden zu übernehmen, ohne Reaktion verstreichen lassen. Dieses Versäumnis kommt die Kommunen nun teuer zu stehen – denn die Zinssätze steigen, wie damals absehbar, an. Jetzt ist es höchste Zeit, wie in Hessen, im Saarland, oder in Rheinland-Pfalz ein landeseigenes Modell zu finden, bei dem das Land, aber wenn möglich auch der Bund, den Kommunen zur Seite stehen.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-1690.pdf>



## DIGITALE GEWALT

ZUM ANTRAG DER SPD FRAKTION - NO-GO-AREA  
INTERNET? SEXUALISIERTE GEWALT UND SEXISMUS IM  
INTERNET BEKÄMPFEN!

Im Bereich der Cyberkriminalität hinkt die Gesetzgebung häufig hinter den tatsächlichen Verbrechen hinterher. Dabei haben die letzten Jahre einen dramatischen Anstieg gerade im Bereich Diskriminierung, Hetze und Hass gesehen. Umso wichtiger, dass die Gesetzgebung nachzieht. Ein wichtiger erster Schritt ist, dass wir Prävention und Schutz der Opfer verbessern. Darum fordern wir in unserem Antrag unter anderem, dass digitale Gewalt stärker in die Ausbildungscurricula der Polizei integriert, und eine landesweite Beratungsstelle für Opfer eingeführt wird.

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-1687.pdf>



# DAS KLEINE WIR - BUNDESWEITER VORLESETAG

ZU BESUCH IN DER KITA ST. PETER UND PAUL IN WERTH

Für die meisten von uns war der erste Kontakt mit Büchern nicht das eigene Lesen, sondern das Vorlesen von Geschichten, oft vor dem Einschlafen. Wenn Kinder etwas vorgelesen bekommen, unterstützt das ihr soziales Empfinden und stärkt sie in ihrer Entwicklung. Gemeinsame Leseabende mit Mama und Papa sind außerdem gut für das Familiengefühl - und, ich finde vorlesen macht auch einfach wahnsinnig Spaß! Weil es eben so wichtig ist, ist jedes Jahr am 20. November auch der Bundesweite Vorlesetag.

Dieses Jahr musste ich ein bisschen schummeln, und war schon eine Woche vor dem Tag in der Kita St. Peter und Paul in Werth. Mit dem Buch „Das kleine Wir“ habe ich den Kindern ein wunderschönes Buch über Freundschaft und das Gefühl, das entsteht, wenn Menschen sich mögen und füreinander da sind, vorgelesen. Mein absolutes Lieblingskinderbuch! Und spätestens an der Stelle, wo von einem „Knallpups“, die Rede war, waren auch die Kinder meiner Meinung, dass das ein klasse Buch ist!

Ich selbst erinnere mich noch gut an meinen ersten Kontakt mit Büchern.



Die Heldinnen meiner Kindheit hießen Ronja Räubertochter, Pippi Langstrumpf und Die kleine Hexe - und stehen heute noch in meinem Bücherschrank! Direkt daneben steht übrigens ein altes abgegriffenes Märchenbuch, das mir mein Opa geschenkt hat, als ich gerade das Lesen gelernt hatte. Noch heute denke ich mit einem Lächeln an ihn, wenn ich es sehe. Bücher können eben nicht „nur“ gute Geschichten erzählen, sondern wecken auch Emotionen und berühren uns.





## ANREGUNGEN AUS BORKEN

ZUM BESUCH IM BORKENER RATHAUS

Gemeinsam mit Michael Engelhardt habe ich zwischen den Plenarsitzungen im November auch das Borkener Rathaus besucht. Dort wurden wir sehr freundlich von Norbert Nießing, dem 1. Beigeordneten und Stadtkämmerer begrüßt.

In einem guten Gespräch haben wir uns über viele wichtige Themen unterhalten, die den Kommunen und speziell Borken unter den Nägeln brennen. Ein großes Problem ist auch hier der Fachkräftemangel. Trotz eines sehr guten Arbeitsumfelds wird händeringend nach Personal gesucht. Hier könnte ein gezielter Bürokratieabbau für Erleichterung sorgen - nicht nur würde das die aktuellen Arbeitskräfte entlasten, sondern auch das Arbeitsumfeld attraktiver machen. Wir sind uns aber auch einig, dass dies nicht überall hilft und sinnvoll ist. Hier müssen wir auf allen politischen Ebenen genau hinschauen, was man streichen kann, und was nicht. Dazu muss man sagen - attraktiv ist das Arbeiten hier im Borkener Rathaus jetzt schon! Stellen im öffentlichen Dienst sind häufig krisensicher und bringen viele weitere Vorzüge wie zum Beispiel einen kinderfreundlichen Arbeitsplatz mit sich. Ein zweites Thema, was mir als Familienpolitikerin besonders wichtig ist, haben wir ebenfalls besprochen: Was braucht es, um gerade in Bezug auf Familienhilfen und den Kinderschutz unsere Jugendämter besser auszustatten?

Vielen Dank an Herrn Nießing für das gute und intensive Gespräch! Ich nehme viele frische Anregungen mit nach Düsseldorf.



DER BORKENER MARKTPLATZ  
FOTO: MICHELVERBEEK



DIE BORKENER INNENSTADT  
FOTO: WATZMANN

# **TRIGGERWARNUNG**



**AUF DEN NACHFOLGENDEN SEITEN  
WIRD ÜBER DAS THEMA  
KINDESMISSBRAUCH BERICHTET.**

# BLICK HINTER DIE KULISSEN

- MEINE ARBEIT IM PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS KINDESMISSBRAUCH

Die Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen ist immer wieder spannend und abwechslungsreich. Obwohl gerade das der Kern unserer parlamentarischen Arbeit ist, findet sie meist hinter den Kulissen und nicht im Schein der Öffentlichkeit statt. Deswegen möchte ich euch in den nächsten Newslettern meine Ausschüsse vorstellen - beginnend mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Kindesmissbrauch.

Bereits in der letzten Legislatur wurde der PUA auf Antrag der SPD eingesetzt, um die Versäumnisse der Behörden in Bezug auf die schrecklichen Missbrauchsfälle rund um den Campingplatz in Lügde zu untersuchen. Normalerweise sind Untersuchungsausschüsse „Kampfausschüsse“. Die Parteien schenken sich nichts, es wird hart um die Deutungshoheit gerungen, teilweise sogar Minister:innen zu Fall gebracht.

Das ist hier anders. Die Parteien eint der Wille, Behördenversagen aufzudecken und konkrete Handlungsempfehlungen zu geben, wie zukünftige Missbrauchsfälle verhindert oder frühzeitig gestoppt werden können.

Der Ausschuss konnte seine Arbeit nicht abschließen und so einigten sich alle Parteien, diese wichtige Arbeit in der neuen Legislatur fortzusetzen. Am Ende eines Untersuchungsausschusses entsteht ein umfangreicher Bericht mit allen Erkenntnissen, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen. Allein in der letzten Legislatur waren es so viele, dass ein Zwischenbericht verfasst wurde. Als erste Konsequenz wurde z.B. ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein, dem noch viele weitere folgen müssen.

Die Arbeit im PUA ist sehr intensiv – zeitlich und mental. Nicht selten stockt einem beim Lesen der Akten der Atem, und man weiß nicht wohin mit den ganzen Emotionen. Besonders eindrücklich sind mir die Polizei-Protokolle der Opfer-Anhörungen in Erinnerung geblieben. Diese Emotionen kann ich glücklicherweise in eine hohe Motivation kanalisieren, dafür zu sorgen, dass so ein breites Behördenversagen zukünftig nicht mehr möglich ist.

Vor jeder Sitzung findet ein Arbeitskreis statt, in dem wir uns auf den Ausschuss vorbereiten. An dieser Stelle möchte ich unsere beiden Referenten nennen – unsere Thom-Asse. Und dieser Name ist wirklich Programm! Sie durchforsten sämtliche Akten, weisen uns auf wichtige Fundstellen hin, bereiten uns akribisch und mit umfangreichen Briefings vor und haben so eine hohe Fallkenntnis, dass man auf nahezu jede Frage eine fundierte und umfangreiche Antwort bekommt. Dafür sind ich und meine beiden Kollegen Andreas und Alex unheimlich dankbar... und somit kennt ihr auch schon unser komplettes Team.

In den Sitzungen selber finden umfangreiche Zeug:innenbefragungen statt, um zusätzlich zu den Akten Erkenntnisse zu bekommen. Zeug:innen sind z.B. Jugendamtsmitarbeitende, Polizist:innen oder Rechtsanwält:innen. Opfer, deren Familienangehörige oder Täter werden nicht vernommen. Im Ausschuss geht es nicht um eine Verurteilung, dafür sind Gerichte zuständig. Es geht darum, das Versagen von Behörden des Landes NRW offenzulegen. Natürlich können aber Dinge zu Tage treten, die strafrechtliche oder disziplinarische Konsequenzen nach sich ziehen. Was den Kindern in Lügde über Jahrzehnte passiert ist: schwerster sexueller Missbrauch, Ignorieren von Verdachtsmeldungen, mangelhafte, dilettantische Arbeit in Jugendämtern und der Polizei, zu späte Opfernachsorge uvm.... Das können wir nicht ungeschehen machen. Aber wir können die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und zukünftig das Leid von Kindern verhindern oder frühzeitig stoppen. Das ist all die Arbeit wert und darum ist mir dieser Ausschuss so wichtig!

**DAS ZDF HAT EINE VIER-TEILIGE DOKUSERIE ÜBER DEN MISSBRAUCHSKOMPLEX VON LÜGDE PRODUZIERT - AUCH DIE ARBEIT DES PUA KOMMT DARIN VOR:**

<https://www.zdf.de/dokumentation>





## OPFERRECHTE STÄRKEN:

ZUM ANTRAG DER SPD FRAKTION - OPFERRECHTE STÄRKEN: KOORDINIERUNG SCHAFFEN UND AUFARBEITUNG VON MISSBRAUCHSTATEN UNABHÄNGIG UND OHNE EINFLUSSNAHME ERMÖGLICHEN!

Wenn ein Mensch sexuelle Gewalt erleidet, verdient er die bestmögliche Unterstützung. Leider sind es gerade diejenigen, die Opfer von kirchlichen Seelsorgenden wurden, denen adäquate Unterstützung zu oft verwehrt wird. Zu lange haben Kirchen einen Talar des Schweigens über ihre Vorgänge gehalten – und tun es häufig immer noch. Anstatt bei der Aufklärung zu helfen, wurden Opfer eingeschüchtert, Täter gedeckt und durch Versetzung nicht nur geschützt, sondern auch noch auf neue Gemeinden losgelassen- alles in dem Wissen um ihre Taten. Auch bei uns im Münsterland hat das Bistum Täter gedeckt. Beispielhaft sind die Fälle des Pfarrers Wehren in Bocholt und des Kaplans Pottbäcker in Rhede.

So etwas kann und darf es nicht weiterhin geben. Immer noch stellen sich viele Bistümer und Kirchen in den Weg, wenn es um Aufklärung, und vor allem um Schutz und Unterstützung ehemaliger Opfer geht. Das Bistum Köln mit seinem Kardinal Woelki ist das bekannteste Beispiel – wer die Hoffnung auf Rom als korrektive Instanz gesetzt hat, ist schon längst eines besseren belehrt worden.

Hier muss die Politik stärker eingreifen! Wir können die Vertuschung und absichtliche Ignoranz von Teilen der Kirchen auf Kosten unserer Mitmenschen nicht weiter akzeptieren.

Stattdessen wollen wir eine Aufarbeitungskommission mit einer Rechenschaftspflicht für Organisationen, sowie den sexuellen Missbrauch im Seelsorgeverhältnis als Straftatbestand etablieren. Wir wollen außerdem auf Landesebene einen Beauftragten oder eine Beauftragte für die Belange des Kinderschutzes und von Kinderrechten, sowie eine unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs im kirchlichen Kontext in NRW. Zudem braucht es eine Dunkelfeldstudie, die das Ausmaß des Unrechts, die Wirksamkeit von Gegenstrategien und neue Entwicklungen beurteilt. Wir dürfen den Kirchen nicht länger die Deutungshoheit in derartigen Fällen überlassen. Wer anderen Menschen solch ein Leid zufügt und in dieser Welt ein derartiges Verbrechen begeht, der muss auch vor weltlichen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden, egal ob Geistlicher oder nicht!

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-1691.pdf>



# DIE GROSSE ANFRAGE ZUM PARLAMEN- TARISCHEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

ZUR GROSSEN ANFRAGE DER SPD FRAKTION - UMSETZUNGSSTAND DER SCHLUSSFOLGERUNGEN DES ZWISCHENBERICHTS DES PARLAMEN-  
TARISCHEN UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSSSES „KINDESMISSBRAUCH“

Acht Monate ist es her, dass der Zwischenbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Missbrauchs-komplex in Lügde veröffentlicht wurde. Und mit ihm 59 Schlussfolgerungen, die unter anderem vorsehen, dass die Landesregierung und das Parlament Maßnahmen ergreifen, um Kinder in NRW besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Wir wollen nun in einer Großen Anfrage von der Landesregierung wissen, wie der Umsetzungsstand ist. Im Gegensatz zu einer Kleinen Anfrage können wir hier deutlich mehr Fragen stellen – diesmal sind es 109. Die Landesregierung hat allerdings auch deutlich mehr Zeit sie zu beantworten. Unter anderem haben wir nach Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendämter gefragt: Wurde schon etwas unternommen, damit die Mitarbeitenden akute Kindeswohlgefährdung besser erkennen und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ergreifen können? Das heißt zum Beispiel schon in der Ausbildung stärker für Anzeichen von Missbrauch zu sensibilisieren, oder die Zusammenarbeit zwischen Behörden zu verbessern, unter anderem mit Blick auf den Datenschutz. Außerdem geht es auch um Maßnahmen zur Begleitung, Unterstützung und Stärkung von Opfern sexueller Gewalt. Der Zugang zu psychotherapeutischer Hilfe ist immer noch ein großes Problem – wurde hier schon etwas unternommen? Viele Opfer können auch erst viele Jahre nach der Tat über das an ihnen Verbrochene sprechen – man sieht es derzeit an den kläglichen Vertuschungsversuchen der katholischen Kirche, Jahrzehnte nach den eigentlichen Übergriffen.

Auch sie müssen einen gesicherten und vor allen Dingen unbürokratischen Anspruch auf Entschädigung haben. Trauma hat kein Ablaufdatum – und das sollte unsere Politik in dem Bereich auch reflektieren.

Ein dritter Fragenblock richtet sich an die Arbeit von Ermittlungsbehörden. Die Untersuchungen des PUA haben gezeigt, dass zu viele Beamte und Beamtinnen zu wenig Fachwissen zum korrekten Umgang mit Missbrauchsoffern haben. Gerade nach Abschluss einer Ermittlung und der Verurteilung der Täter stehen immer noch zu viele Opfer alleine da – hier kann und muss die Politik wichtige Lücken schließen und darauf hinwirken, dass Opfer nicht auch noch während den Ermittlungen vermeidbares Leid angetan wird.

Kurzum – der Untersuchungsausschuss hat bereits in der letzten Legislaturperiode wichtige Erkenntnisse zu Tage gefördert und Empfehlungen abgegeben. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie in Schubladen bleiben.

<https://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-1717.pdf>



## Impressum

Homepage: [nina-andrieshen.de](http://nina-andrieshen.de)  
Facebook: [ninaandrieshenrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshenrw)  
Instagram: [nina\\_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

**Nina Andrieshen MdL** | Franzstraße 26  
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138

